

Seite: 15
Ressort: Wirtschaft
Seitentitel: Wirtschaft

Ausgabe: Hauptausgabe
Nummer: 46

Krankenkassen verzeichnen Milliardendefizit

Steigende Ausgaben verursachen erstes Minus seit 2015 / Müssen nun die Beiträge steigen?

itz. BERLIN. Anders als in den drei Vorjahren haben die gesetzlichen Krankenversicherungen (GKV) 2019 viel mehr Geld ausgegeben als eingenommen. Nach Berechnungen der F.A.Z. betrug der Negativsaldo rund 1,6 Milliarden Euro. 2018 hatten die Kassen noch einen Überschuss von fast 2 Milliarden Euro eingefahren. Das Defizit von 2019 ist das erste seit 2015. Die neuen Angaben beruhen auf den vorläufigen Erhebungen der Verbände unter ihren Mitgliedskassen. Das sind die Allgemeinen Ortskrankenkassen, die Betriebskrankenkassen, die Innungskrankenkassen, die Ersatzkassen und die Knappschaft Bahn-See.

Den größten Fehlbetrag, 859 Millionen Euro, meldet der Verband der Ersatzkassen, nachdem dessen Mitgliedsunternehmen 2018 noch einen Überschuss von 561 Millionen Euro geschafft hatten. Mehr als die Hälfte des Defizits entstand im letzten Quartal des Jahres 2019. Die wichtigste GKV-Gruppe, die der AOK, hatte im Vorjahr einen Überschuss von fast 1,1 Milliarden Euro erwirtschaftet, 2019 drehte das Ergebnis auf minus 122 Millionen Euro. Beachtlich war auch der Rückgang bei den Innungskassen, von plus 77 auf minus 231 Millionen Euro. Die Knappschaft verzeichnete eine Verschlechterung von plus 91 auf minus 58 Millionen Euro. Bei den Betriebskrankenkassen sind es nach plus 198 Millionen im Jahr 2018 diesmal minus 295 Millionen Euro.

Als Grund für die schlechte Entwicklung nennen die Kassen die stark gestiegenen Leistungsausgaben je Versichertem. Bei den Ersatzkassen nahmen sie 2019 im Vorjahresvergleich um 5,6 Prozent zu, während die Einnahmen nur um 3,6 Prozent wuchsen. Besonders stark war der Ausgabenanstieg bei Medikamenten und Heilmitteln. Die Erlöse wiederum wurden durch die Senkung des Zusatzbeitrags in der Techniker Krankenkasse belastet. Bei Einnahmen von 29,2 Milliarden Euro verzeichnete die Versicherung eine Unterdeckung von 472 Millionen Euro. Ihre Leistungsausgaben je Versichertem stiegen um 6,3 Prozent.

Auch der AOK-Bundesverband meldet, dass 2019 die Steigerungsrate der Leistungsausgaben mit 4,4 Prozent besonders hoch gewesen sei. Der Verbandsvorsitzende Martin Litsch monierte in diesem Zusammenhang, dass die Politik den Versicherten sinkende Beiträge versprochen habe, aber gleichzeitig dafür Sorge, dass die Kosten stark stiegen. "Die Ausgabenentwicklung in der GKV nimmt Fahrt auf. Als Resultat spü-

ren die Kassen erheblichen Druck auf die Beiträge, die Versicherten erleben aber noch keine bessere Versorgung", sagte Litsch der F.A.Z.

Ulrike Elsner, die Vorsitzende des Ersatzkassenverbands VDEK, ergänzte gegenüber der F.A.Z.: "Die Zahlen zeigen, dass wir in den nächsten Jahren das politische Augenmerk wieder stärker auf die Ausgabenentwicklung legen müssen. Dies gilt vor allem in Hinblick auf die neuen hochpreisigen Arzneimittel." Die Gesetzgebung habe die Versorgung zwar verbessert, etwa mit dem Pflegepersonalstärkungsgesetz oder mit dem Terminservice- und Versorgungsgesetz. Aber die positiven Veränderungen kosteten Geld, das Versicherte und Arbeitgeber gemeinsam aufbringen müssten.

Elsner begrüßte den Gesetzentwurf von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) zu einem "Fairen Kassenwettbewerb". Damit sei klar, dass die Ersatzkassen von 2021 an mehr Geld aus dem Gesundheitsfonds erhielten, weil sich die Zuteilungsmechanismen im Risikostrukturausgleich zu ihren Gunsten veränderten: "Dieses Geld werden die Ersatzkassen für die Versorgung ihrer Versicherten benötigen."

Die Lage der Kassen sieht dramatischer aus, als sie tatsächlich ist. Die Defizite sind politisch gewollt, damit die riesigen Reserven in der GKV abschmelzen. In den ersten drei Quartalen 2019 betrug diese Rücklagen und Betriebsmittel annähernd 21 Milliarden Euro. Das entsprach mehr als den Ausgaben aller Kassen in einem Monat und dem Vierfachen der gesetzlich vorgeschriebenen Mindestreserve. Spahn hat mehrfach darauf hingewiesen, dass der gewollte Abbau der Rücklagen buchungstechnisch zu einem "unechten Defizit" führe. "Beitragselder sind keine Spareinlagen", sagte der Minister im Dezember. Mit raschen Beitragssteigerungen ist daher erst einmal nicht zu rechnen.

Krankenkassen mit besonders hohen Reserven müssten diese deshalb Schritt für Schritt absenken. "Dadurch profitieren auch die Beitragszahler." Vorgesehen ist, dass die Rücklagen der einzelnen Versicherungen bis 2023 unter die gesetzliche Obergrenze von einer Monatsausgabe fallen. Das Gesundheitsministerium wollte sich zu den Finanzzahlen für 2019 nicht äußern, da diese noch nicht offiziell seien. Üblicherweise veröffentlicht das Haus von Jens Spahn die Einnahmen und Ausgaben der GKV jedes Jahr im März.